



Pressemitteilung Nr. 361/18
München, 11. September 2018

FÜRACKER ZUR IDEE EINER EINHEITSRENTE: TEURER UND SCHLECHTER FÜR ALLE

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil versucht, die Idee der in den Koalitionsverhandlungen aus guten Gründen gescheiterten Einheitsversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung aufzuwärmen. Die Fakten bleiben aber unverändert: Zusätzliche Beitragszahler lösen kein Finanzierungsproblem der gesetzlichen Rentenversicherung, weil damit auch zusätzliche Leistungsansprüche verbunden sind. Sicher ist jedoch, dass die öffentlichen Haushalte durch die Mehrkosten für Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur Zusatzversorgung mehr belastet würden.

„Damit sind die Überlegungen der SPD reine Milchmädchenrechnungen und der plumpe Versuch, eine neue Neiddebatte anzustoßen“, kommentierte Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker die neuerlichen Überlegungen des Bundesarbeitsministers. So lässt er offensichtlich völlig unberücksichtigt, dass die fehlende Beitragspflicht der Beamten seit jeher in Form niedrigerer Bezüge eingepreist ist und auch dies dann ausgeglichen werden müsste. Füracker: „Die unausgegorenen Überlegungen von Bundesminister Heil führen nur dazu, dass die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen zusätzliche Milliarden in die Rentenkasse zahlen müssten, ohne dass jemand etwas davon hätte.“

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

Postfach 22 15 55, 80505 München

Pressesprecher: Sebastian Kraft

Telefon 089 2306-2460 und 2367, Telefax 089 2809327

E-Mail: presse@stmflh.bayern.de, Internet: www.stmflh.bayern.de